

Krafsamer Zeitung.

Nr. 13.

Mittwoch den 17. Jänner.

1866.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierpaltige Petitzeile 5 Mr., im Anzeigeblatte für die erste Einrückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Bubweiser. — Aufendungen werden franco erbeten.

Annoucen übernehmen die Herren: Haafenstein & Bogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

Amtlicher Theil.

Nr. 69.223.

Das hohe Staatsministerium hat mit Erlass vom 10. December 1865, Z. 24.193, die mit dem Beginn des Studienjahres 1865/6 in Erledigung gekommene Geldsubvention von 200 fl. 5. B. aus dem ostgalizischen Landesfonde für Civilschüler am Wiener Thier- und Veterinär-Institute dem im 1. Jahrgange des thierärztlichen Studiums an demselben inscriptirten Emil Hryniewicki aus Hohenbrunn, Samobor Kreises, verliehen.

Von der k. k. Statthalterei.

Lemberg, am 31. December 1865.

Nr. 480/pr.

Die mit der Kundmachung vom 11. Februar 1863 eingeführten Beschränkungen bezüglich des Kaufs und Verkaufs von Waffen und Munitionsgegenständen werden hiemit außer Kraft gesetzt.

Vom k. k. Statthalterei-Präsidium.

Lemberg, am 13. Jänner 1866.

Nr. 17.262.

Der mit dem h. Justiz-Ministerial-Erlasse ddo. 20. October l. J., Z. 9475, zum Advocaten in Krafsau ernannte Dr. Michael Koczyski hat am 21. v. M. bei diesem k. k. Oberlandesgerichte den Advocaten abgetreten, und ist somit in die Ausübung der Advocatur getreten.

Vom Krafsauer k. k. Oberlandesgerichte.

Krafsau, am 21. December 1865.

Er. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 9. Jänner d. J. den Grafen Paul Pálffy von Erdöd zum Administrator des Pestburger Comitats allergnädigst zu ernennen geruht.

Er. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 9. Jänner d. J. den Fürsten Anton Pálffy von Erdöd als Erb-Obervogt des Pestburger Comitats, sowie in der hiemit verbundenen Würde eines Grafen und Schloßhauptmanns zu Pestburg allergnädigst zu bestätigen geruht.

Er. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 9. Jänner d. J. dem städtischen Hilfsamtsdirector Carl Jaromir Eben sammt Genossen die Bewilligung zur Eröffnung eines historischen Vereins in Prag allergnädigst zu ertheilen und die Statuten desselben zu genehmigen geruht.

Der Justizminister hat die bei dem Kreisgerichte in Pilsen erledigte Landesgerichtsstelle dem mit dem Titel und Charakter eines Landesgerichtsraths bei dem genannten Kreisgerichte befindlichen Carl Stranek und die dadurch bei diesem Gerichtshofe in Erledigung gekommene Kreisgerichtsstelle dem k. k. Hofe in Pilsen, Rathessecrät bei dem Landesgerichte in Prag, verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 17. Jänner.

Die preussische Thronrede, die wir unten ihrem vollen Inhalte nach mittheilen, ist ein merkwürdiges Actenstück; der Conflict im Innern zwischen Volk und Krone wird ein perennirender, nach Außen hin werden neue Konflikte geschaffen, der Landesvertretung gegenüber wird an dem jetzigen Standpunct der Regierung festgehalten, nach Außen hin ganz neue Reichsbasen aufgestellt. Die Regierung verzweifelt an der Möglichkeit, zu einem Einverständnisse mit dem Abgeordnetenhaus zu gelangen und erklärt, sie halte es für überflüssig, in diesem Jahre Vermittlungsvorschläge bezüglich der Militärfrage zu machen, sondern sie werde, es bei den geltenden gesetzlichen Bestimmungen über Verpflichtung zu dem Kriegsdienste belassen, die Einrichtung des Heerwesens aufrecht erhalten, und die nöthigen Geldmittel aus dem Reichsfiscus fordern. Da nun vorausichtlich das Abgeordnetenhaus diese Geldmittel wie in den früheren Jahren nicht bewilligen und das vorgelegte Budget verworfen wird, so steht eine unabsehbare Verlängerung des Verfassungsconflictes bevor und Preußen wird das eigenthümliche Schauspiel eines Staates bieten, der den ganzen constitutionellen Apparat, aber kein constitutionelles Regime besitzt. Mit gleicher Energie wird nach Außen vorgegangen. Die Aeußerungen der Thronrede über die Stellung Preußens in den Herzogthümern sind ganz geeignet, in Wien und anderen europäischen Höfen große Bedenken wachzurufen und hervorzubringen, und diplomatische, möglicher Weise noch ernstlichere Verwicklungen hervorzubringen. Der Gasteiner Vertrag hatte nur den Zweck, das Provisorium zu regeln, und durch Trennung der Verwaltung in Schleswig von der in Holstein Konflikte zwischen den deutschen Großmächten hintanzuhalten. Die preussische Thronrede bezeichnet aber die Stellung Preußens in Schleswig und in — Holstein als ein ausreichendes Pfand, um eine den Ansprüchen Preußens entsprechende Entscheidung durchzustimmen, und erklärt dieses Pfand bis zur Erreichung dieses Zieles unter allen Umständen festhalten zu wollen. Auch für die zu gründende deutsche Flotte scheint die Führung Preußens in Anspruch genommen zu werden. Diese Forderung steht vorläufig in der Luft. In ein Gezänke um das Füll des noch lebenden Varen wird sich Niemand einlassen.

Das „Mem. dipl.“ hält sich, auf Grundlage authentischer Nachrichten, für berechtigt, von einer Annäherung zu sprechen, die sich bezüglich der schleswig-holsteinischen Frage zwischen Oesterreich und den Westmächten vollzogen haben soll. Da Preußen sich weigerte, an das freie Votum der berechtigten Vertreter der Herzogthümer zu appelliren, so haben, wie das obengenannte Journal meint, die Westmächte nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, zu verlangen, daß eine Frage, die Europa seit drei Jahren in Spannung erhält, endlich eine Lösung im Sinne des Rechtes und der Billigkeit erhalte.

In ihrem Bemühen, die österreichisch-französische Entente als völlig bedeutungslos darzustellen, gerathen die preussischen Blätter auf wahrhaft komische Einfälle. Einer der neuesten ist, daß der Verleihung des Stephansordens an den Kronprinzen von Frankreich entweder gar keine Bedeutung zukomme, oder doch nur diejenige einer — Beleidigung des französischen Hofes, da der Stephansorden nur der zweite österreichische Orden, der erste aber das goldene Vließ sei. Nun besitzt aber der kaiserliche Prinz von Frankreich bereits den letztern, allerdings durch spanische Verleihung, deren Recht von Oesterreich bestritten wird, aber immerhin würde diese Verleihung schon an sich die österreichische unmöglich, weil überflüssig machen, auch wenn nicht den Ordensstatuten gemäß das goldene Vließ nur an solche fremde Souveräne und Prinzen verliehen würde, welche zu dem kaiserlichen Hause von Oesterreich in verwandtschaftlicher Beziehung stehen. Für alle übrigen Fürsten ist das Großkreuz des Stephansordens die höchste Decoration, welche Oesterreich zu verleihen hat.

Badens Beziehungen zu Oesterreich haben sich, wird der „Köln. Bl.“ geschrieben, seit dem Eintritt des Freiherrn von Edelsheim ins großherzogliche Cabinet wesentlich gebessert, worüber man in gothaischen Kreisen bereits unruhig zu werden beginnt.

Nach den neuesten brieflichen Mittheilungen aus Spanien hat Prim den Tajo bereits bei der Mündung del Arzobispo überschritten. Aldea Nueva, wo Prim nach dem Madrider Telegramm vom 13. angekommen ist, befindet sich jenseits des Tajo bei Plasencia in Extremadura.

Man liest im „Monde“: Die Depeschen aus Spanien sind um so beunruhigender, als sie zum mindesten officiöser Natur sind und dabei doch ernste Besorgnisse durchblicken lassen. Prim scheint auf seiner Flucht keine große Eile zu haben, und ohne daß es zum Kampfe gekommen ist, werden die Regierungstruppen verstärkt und erhalten einen neuen Befehlshaber. In Folge von Niederlagen — die er in ministeriellen Blättern erlitten hatte — zog im Jahre 1854 D'Onnell als Sieger in Madrid ein. Bis jetzt ist Prim officiell hinlänglich geschlagen worden, um auf den gleichen Erfolg hoffen zu dürfen. Man fragt sich bereits, ob mit Prim ein neues Cabinet oder eine Dynastie in Madrid einziehen werde. Viele ernst denkende Leute neigen sich der letzteren Lösung zu, nicht weil sie dieselbe wünschen, sondern weil sie wissen, welcher Reiz die Revolution, gekrönt oder nicht gekrönt, fähig ist. Gewiß ist, daß um Isabella herum großer Mangel an Zuneigung herrscht. Der katholische Klerus hat, wie es heißt, seine Anhänglichkeit an die Regierung öffentlich bekannt. Dies konnte keinem Zweifel unterliegen, denn derlei leicht der Revolution weder seinen Arm, noch sein Wort. Allein die katholische Partei ist, gleich den anderen Parteien durch politische Handlungen, die ihre theuersten Ueberzeugungen kränken, bekümmert und entmuthigt. Ein unvollständiges Ministerium, einige Beamte, und eine künstlich geschaffene Kammer-Majorität, das sind schwache Stützen für eine Regierung. Die Revolution und ihre Günstlinge wissen dies; — sie haben ihre Stunde gut gewählt.

Ein Pariser Correspondent der „Köln. Ztg.“ will wissen, daß die aus Madrid eingegangenen Nachrichten neue Unruhen in gewissen Provinzen signalisiren, die bisher, nach den Berichten der Generalcapitäne zu schließen, sich ruhig verhalten. In Folge dieser Verthümmerung des Standes der Dinge habe der Marschall D'Onnell den Entschluß gefaßt, eine Proclamation zu erlassen, deren Text zwar noch nicht bekannt sei, deren Haltung aber sehr drohend wäre. Der Premierminister und die zahlreichen Generale, die ihm zur Seite stehen, seien, sagt man, fest entschlossen, allen insurrectionellen Versuchen den hartnäckigsten Widerstand entgegenzusetzen. Aber die allgemeine Lage ist derart, daß selbst, wenn Prim unter-

legen, wenig für die jetzige Regierung der Königin dadurch verbessert wäre. Man könnte dies nur einen Pyrrhus-Sieg nennen. Waren es doch mehr als 500 Tausend Wähler, die sich der Wahlen enthielten, während das Cabinet auf seine Candidaten nur 152.000 Stimmen vereinigen konnte. Die Regierung hat 12 Journale für und 52 gegen sich. Im Uebrigen setzt Zabala seine „Jagd“ fort, ohne zu irgend einem Ende zu kommen, da er immer in dem Momente anlangt, in dem Prim die Güte hatte sich zu entfernen. In Catalonien übrigens, namentlich in Barcelona, ist man durchaus nicht waffenlos.

Einem Privatschreiben aus Madrid entnimmt der Pariser — Correspondent der „N. Y. Z.“, daß der Marschall D'Onnell im Besitze von Papieren sein soll, welche beweisen, daß die Chefs der italienischen Actionspartei in die Schildehebung eingeweiht waren, mit andern Worten, daß es sich in der That um die iberische Union (Vereinigung Spaniens mit Portugal) zu Gunsten des Hauses Braganza (d. h. des Königs von Portugal) handelte. Es wäre voreilig, hieraus zu schließen, daß der König von Portugal persönlich die Hand im Spiele habe; aber in Florenz hoffte man, daß er im entscheidenden Augenblicke sich nicht der Sache entziehen würde.

Was die Unruhen in Saragossa anbelangt, so gibt die „Patrie“ dieselben als sehr unbedeutend aus. Am 7. d., so berichtet sie, es war großer Markt, fanden hier unbedeutende Unruhen statt. Sie entstanden in Folge übel angebrachter Maßregeln der Behörden, welche bei den neulich erhobenen und ungünstig aufgenommenen Skrois-Pragen die Landleute nicht hätten reizen sollen. Sie hat diese Maßregeln zurückgenommen und seitdem hat keine Unordnung mehr stattgefunden. Doch sind große Vorsichtsmaßregeln getroffen worden; die Truppen (mit Artillerie) lagern auf dem Ebro-Rai, auf der Ebrobrücke und den öffentlichen Plätzen. Die Depeschen aus Arragona, Calatayud, Huesca, Barbastro, Teruel, und Alcaniz melden, daß in diesen Städten Arragoniens Ruhe herrscht.

Das in Lissabon erscheinende „Journal do Commercio“ constatirt in seiner Nummer vom 6. Jänner, daß bis dahin weder ihm, noch irgend Jemanden eine telegraphische Mittheilung über den Aufstand in Spanien zugegangen ist. Höchstens könne die Regierung oder der spanische Gesandte am portugiesischen Hofe auf diesem Wege Mittheilungen erhalten haben. Aus Wien verlautet eine ähnliche Lage. Nicht bloß das österreichische Cabinet, sondern auch die spanische Gesandtschaft ist ohne alle Nachrichten aus Madrid, und zwar vom ersten Tage des Aufstandes an. Da nicht anzunehmen ist, daß die allerdings in diesem kritischen Augenblicke doppelt bedauerliche Abwesenheit des Gesandten Grafen Crivelli — den der Tod seines Schwiegervaters genöthigt hat, einen kurzen Urlaub zu nehmen — den ihn erlegenden Geschäftsträger v. Zäger abgehalten haben sollte, seiner Regierung zu telegraphiren, so liegt der Schluß nahe, daß die spanische Regierung nicht bloß Privatdepeschen politischen Inhalts, sondern auch die diplomatischen Depeschen zurückhalten läßt und nicht einmal ihre Vertreter im Auslande über den Stand der Dinge unterrichtet.

Das portugiesische Cabinet hat sich bereit, der Königin Isabella den Verdacht zu nehmen, als speculire es auf eine Einverleibung Spaniens; es hat dem Madrider Cabinet erklären lassen, König Don Luis und seine Regierung wünschten mit der Königin Isabella und der Madrider Regierung in „loyalen Beziehungen“ zu bleiben. Zugleich wurden von Santarem und andern Plätzen Truppen an die Gränze geschickt.

Die Ansicht der französischen Regierung über den spanischen Aufstand, meint ein Pariser Correspondent der „Köln. Ztg.“ mit folgenden Worten bezeichnen zu können: „In den Kreisen der Regierung glaubt man jetzt an den Erfolg der spanischen Insurrection, sofern sie nur D'Onnell durch Prim erlegen will. Aber man ist noch gar nicht darüber beruhigt, ob sie nicht der Ausgangspunkt einer radicalen Umwälzung der spanischen Verhältnisse werden kann.“

Wie die „Europe“ meldet, hat letzter Tage ein Notenwechsel zwischen Drouyn de Lhuys und Lamarmora bezüglich der Septemberconvention stattgefunden. Die Note des französischen Ministers erinnert an die Befürchtungen des Papstes gelegentlich des Neujahrsempfanges der französischen Officiere bezüglich des Eintreffens der italienischen Truppen nach der Räumung Roms sowie ferner auch der Anspielungen gewisser italienischer Staatsmänner und italienischer Journale, Italien sei nach der Räumung Roms der seinerseits bei der Septemberconvention eingegangenen Verpflichtungen frei,

und wiederholt, die Politik des Kaisers sei eben so besorgt für die Unabhängigkeit des Papstes als die Reorganisation Italiens und erklärt, Frankreich werde weder eine Verletzung noch eine Veränderung der Septemberconvention gestatten. Lamarmora habe in einer Note an Drouyn geantwortet, nach deren Kenntnissnahme Herr Drouyn de Lhuys sich befriedigt erklärte.

In Paris ergeht man sich bereits in allen erdenklichen Conjecturen über den Inhalt der Thronrede, mit welcher Louis Napoleon am 22. d. den gesetzgebenden Körper eröffnen wird. Man will mit Bestimmtheit wissen, daß die Thronrede diesmal einen Auf die Räumung Mexico's Bezug nehmenden Passus enthalten werde. Minister Rouher soll in einer Versammlung von Deputirten der Majorität eine hierauf bezügliche Aeußerung gethan haben. Der Kaiser werde erklären, daß die mexicanische Expedition nicht bloß eine ausschließlich französische, sondern eine europäische Angelegenheit gewesen sei; da aber Europa darauf beharre, nicht verziehen zu wollen, wie sehr es in dieser Frage interessiert sei, so könne Frankreich nicht über bestimmte Gränzen hinaus großmüthig sein und es müsse daher, in Berücksichtigung seiner eigenen Interessen, den Rückzug antreten. Da jedoch Frankreich durch Verpflichtungen gebunden sei, die ihm nicht gestatten, sofort die gewünschte Haltung einzunehmen, so wird wohl, wenn dennoch von der Räumung Mexico's in der Thronrede gesprochen werden sollte, wozu man sich durch das Drängen der Vereinigten Staaten genöthigt sieht, ein Termin für die Räumung nicht fixirt werden. Auf diese Weise würde man den Dispositionsbestrebungen und den amerikanischen Drohungen zugleich die Spitze benehmen.

Wie es heißt, hat die italienische Regierung auch in Rom auf directem Wege ohne Vermittlung vertrauliche Erklärungen abgegeben. Nachdem Lamarmora das Ministerium übernommen, ließ er in einem und des Königs Victor Emanuel Namen dem Cardinal Antonelli wissen, daß auch nach der Räumung der päpstlichen Hauptstadt durch die französischen Truppen die italienische Regierung das päpstliche Gebiet respectiren und es nicht zulassen werde, daß die Regierung des heiligen Vaters durch die Actionspartei bedroht würde. Die Krone würde sich eher zu einem Staatsstreiche entschließen, als eine solche Bedrohung zulassen. Das italienische Heer würde unter keinem Vorwande, auch nicht unter dem der Unterdrückung einer Bewegung, in Rom einrücken, außer wenn der Papst freiwillig dessen Beistand verlangen sollte. Cardinal Antonelli zeigt sich von diesen Eröffnungen vollkommen befriedigt.

Die Archive der neapolitanischen Gesandtschaft in München sind nach Wien gebracht worden; sie sollen, heißt es, in einer Münchner Correspondenz der „A. Z.“, „einstweilen“ dort verbleiben.

Die Vertagung des italienischen Parlaments erfährt jetzt von Paris her eine Auslegung, die derselben jede weitergehende politische Bedeutung nehmen würde. Es heißt nämlich, die Vertagung sei nichts weiter, als ein Zeichen des bevorstehenden Rücktrittes des Finanzministers Scialoja, der sich keiner großen Beliebtheit zu erfreuen hat. Lamarmora benützt die durch die Vertagung gewonnene Zeit, um einen Nachfolger für den jetzigen Finanzminister ausfindig zu machen.

Die serbische Regierung hat, wie die officielle serbische Zeitung bekannt gibt, nach dem Vorgange Oesterreichs die Visirung der Pässe an der Gränze gegen den Kaiserstaat aufgehoben.

Die Schutzmächte Griechenlands sollen gleichlautende Depeschen an ihre Vertreter in Athen gerichtet haben, in welchen sie die Versicherung aussprechen, die zum Schutze Griechenlands übernommenen Pflichten getreulich erfüllen zu wollen. Uebrigens lauten die Berichte aus Athen jetzt günstiger, und lassen die Situation nicht mehr so gefährlich erscheinen, wie noch vor Kurzem.

Wie man der „A. Z.“ gleichfalls aus Paris mittheilt, ist der Secretär der französischen Gesandtschaft in Washington, der sich einen Monat in Paris aufhielt, wieder nach Amerika zurückgekehrt. Derselbe überbringt angeblich Herrn von Moniholon seine Instructionen, in welchen ihm die größtmögliche Vorsicht der Washingtoner Regierung gegenüber anempfohlen wird.

Ueber die Reise des Staatssecretär Seward wird aus New-York vom 4. d. M. auf Grund einer officiösen Depesche aus Washington gemeldet, daß sie drei Wochen dauern werde und durchaus keinen politischen Zweck habe.

Hannover ist dem Handelsvertrage, den Preußen, Baiern, Sachsen und Baden für den Zollverein mit Italien abgeschlossen, beigetreten, das dem

Verträge beigegebene Schluß-Protocoll hat sie aber nicht angenommen. Somit verharret Hannover bei seiner Weigerung, das Königreich Italien anzuerkennen, und die Angelegenheit ist, wenn auch Hannover den Vertrag unterzeichnete, nicht vorwärts gerückt, sondern hat eher Rücksicht gemacht.

Die Nachricht über den bevorstehenden Abschluß eines österreichisch-italienischen Handelsvertrages wird, wenn gleich in Wien nicht verkannt wird, daß Verkehrsvereinfachungen auf mercantile Gebiete wünschenswerth wären, vom „Freundenblatt“ als ungenau bezeichnet. Von directen Verhandlungen, schreibt dasselbe, ist vor der Hand keine Rede, jedenfalls müßte in dieser Frage die Initiative von italienischer Seite ausgehen. Nachdem jedoch die italienische Regierung bei einem Handelsvertrage auch die politische Anerkennung Seitens Oesterreichs als conditio sine qua non aufstellt, so sind keine Aussichten vorhanden, daß die guten Dienste Frankreichs, welches in Pourparlers vermittelnd zu wirken bemüht ist, ein baldiges und beiderseitig befriedigendes Resultat liefern dürften. Die staatliche Anerkennung kann füglich nur nach Effectuierung einer entsprechenden Compensation für die vertriebenen Fürsten erfolgen; genügende Objecte hiefür zu finden, liegt keineswegs außer dem Bereiche der Möglichkeit. So lange indeß in Italien das Streben, Oesterreich Venetien zu entreißen, noch immer auf der Tagesordnung steht, so lange in der Kammer noch die Actionspartei vorwiegend ist, wird Oesterreich sich mit nichts übereilen und ruhig zuwarten, wie sich die Dinge auf der apenninischen Halbinsel gestalten werden.

In den beiden Zeitartikeln des gestrigen „Gaz.“ ist wieder Oesterreich der Hauptgegenstand der Erörterung. — Die Annäherung Oesterreichs an Frankreich bringe auch dem letzteren gegenwärtig Vortheile, während die unabhängigen französischen Blätter in einem eventuellen austro-französischen Bündnisse solche nur für Oesterreich erblicken. Erstens finde die von Kaiser Napoleon stets im Auge gehaltene dynastische Frage in Oesterreich, dem Repräsentanten der dynastischen Idee in Europa, die größte Bürgschaft, ferner erlöse jene Annäherung Frankreich aus der Isolirung, in der es sich befinde, so oft sich das Gespenst der Triplealliance zeige, endlich sichere sie Frankreich gewissermaßen mittelbaren Einfluß auf die wichtige deutsche Politik, kurz sie sei gleichsam das erste Glied jenes großen Bündnisses katholischer Staaten, dessen Idee längst Napoleon III. zugeschrieben werde. Europa, heißt es im zweiten Artikel, sei in diesem Augenblick der Zeuge der inneren Umgestaltung zweier Großmächte: Oesterreichs und Rußlands. Die eine Geschehe auf der Grundlage der Freiheit (siebzehn Landtage berathen in größter Ordnung und Ruhe, bei völliger Freiheit), die andere auf der Basis des Despotismus. Der Verschiedenheit dieser Wafen entsprechend würden einst ihre Folgen vergeichnet werden in der Geschichte der Menschheit und Civilisation.

Die „Gazeta narodowa“ bringt aus angeblich sicherer Quelle die Nachricht, daß in den zu Rußland gehörigen Westprovinzen allen griechisch-katholischen Geistlichen eröffnet worden, entweder ungesäumt zur Orthodoxie (prawoslawie) überzutreten, oder das Land zu verlassen, weshalb diese in Galizien Zuflucht zu suchen die Absicht hätten. Weiter erzählt die „Gazeta narodowa“, daß Erzbischof Wierzbicki sich mit dem Gesuch nach Rom gewandt, daß es diesen unglücklichen Uniten-Geistlichen gestattet sein möchte nach ihrer Ueberführung in Galizien die Function von Vicaren, Administratoren, Capellanen etc. zu versehen.

Landtagsverhandlungen.

Se. Majestät der Kaiser haben von dem Inhalte der vom Landtage des Herzogthums Bukowina in seiner am 11. December 1865 abgehaltenen Sitzung auf die Mittheilung des kaiserl. Manifestes und Patentes vom 20. September 1865 beschlossenen allerunterthänigsten Adresse mit besonderem Wohlgefallen allergnädigst Kenntniß genommen.

Aus Feldkirch liegt nun die positive Meldung vor, daß das Gerücht von der plötzlichen Pensionirung des Herrn Statthalterleutnants Ritter v. Barth auf reiner Erfindung beruhe.

Telegraphische Landtagsberichte.

Lemberg, 15. Jänner. Eine Zuschrift der Statthalterei wird verlesen, womit die kaiserliche Sanction des Nothstandesgesetzes kundgegeben wird. Fürst Sangusko interpellirt wegen des vom Landtage gestellten Ansuchens um Verlängerung der Katastralreclamationsfristen. Der Regierungsvorsteher erwidert, es sei noch keine ministerielle Entscheidung erfolgt. Hierauf folgt die Wahl der Educationscommission, dann die Commissionswahl zur Begutachtung der städtischen Statute. — Der Beschluß wegen der galizischen Creditanstalt wird in dritter Lesung angenommen. Hierauf Bericht der Petitionscommission.

Czernowitz, 15. Jänner. Der Landeshauptmann bringt zur Kenntniß, daß Se. Majestät die Adresse des Landtags mit besonderem Wohlgefallen zur Kenntniß genommen haben. Die Mittheilung, daß die Regierung und der Bischof die Garantie des Landes für das Anlehen von einer halben Million aus dem Religionsfonds fordern, wird dem Nothstandsausschusse zur schleunigen Berichterstattung, die Vorlage des Landesauschusses wegen Wenderung der Agrargesetzgebung einem Ausschusse von 7 Mitgliedern zugeheilt.

Prag, 15. Jänner. Der Oberlandmarschall ist nicht erschienen; der Stellvertreter Belshy führt den Vorsitz. Plener entschuldigt seine Abwesenheit durch Unwohlsein, ebenso Graf Clam. Zur Verhandlung gelangt die Dienstbotenordnung; erledigt werden § 1 bis 10 nach dem Antrage der Commission. Nächste

Sitzung Donnerstag. Der Antrag Nieggers auf Durchführung der Gleichberechtigung der Sprachen an der Universität zählt 72 Unterchriften.

Linz, 15. Jänner. Die Verhandlung über das Präliminare des Grundentlastungsfonds wird beendet. Der Antrag des Fina. ausschusses für 1866 einen Zuschlag von 19 Kreuzern auf jeden Gulden directer Steuer auszufahren, wird angenommen. Anlässlich des Comitéberichtes über die Petition der Gemeinde Gampers um Schaffung eines Gefängnisses, daß die nicht mehr zeitgemäßen Pfarrarmenanstalten der Gemeinde zur Verwaltung übergeben werden, entsteht eine lebhafte Debatte. Bei der Abstimmung werden sämtliche Anträge dem Gemeindecomitée zugewiesen.

Laibach, 15. Jänner. Der Statthalter beantwortet die Interpellation der slovenischen Abgeordneten betreffend die Festsetzung eines Grundbesizers durch einen Beamten des Bezirksamtes in dem Sinne, daß gepflanzte Erhebungen diese Maßregel als eine gezielte Abwendung des verletzten Amtsgeheimnisses herausstellen. Die Straßenkategorisirung Krains wird nach dem Auschussantrage genehmigt. Die Neuwahl Guttmannsthal wird genehmigt.

Zunsbrunn, 15. Jänner. Dem Landtage wird mitgetheilt, daß mit Allerhöchster Entschlieung vom 9. d. M. dem vom tirolischen Landtage genehmigten Entwurf der Gemeindeordnung und Gemeindegewählordnung die Allerhöchste Sanction erteilt wurde. Die Anträge des Ausschusses über die Ergänzung der Landesuniversität durch Errichtung einer medicinischen Facultät wurden angenommen. Der Mehraufwand ist mit 8000 fl. berechnet, wovon 5000 fl. das Land und die Hauptstadt tragen. Die Mittheilungen der Statthalterei über bedeutende Aufforderungen werden zur befriedigenden Nachricht genommen.

Agram, 10. Jänner. In der heutigen Landtagsitzung wurden verlesen: Ein Erlass der Hofkanzlei, worin eröffnet wird, daß der vom Landtage unterbreiteten Repräsentation wegen Entsendung von Deputirten aus dem Peterwardeiner Regiment zu dem gegenwärtig tagenden Landtage nicht willfahrt werden könne; ferner eine Adresse des Comité ad hoc und endlich die Adresse des Advocaten Dr. Stejanevic; es wird beschlossen letztere zu drucken, zu vertheilen und der Discussion zu unterziehen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 15. Jänner. Se. k. k. Apostolische Majestät haben heute Vormittags Privataudienzen zu erteilen geruht.

Das vorgestrichene Ballfest bei dem Grafen Pallavicini war durch den Besuch Ihrer Majestäten, der Herren Erzherzoge und Frauen Erzherzoginnen ausgezeichnet. Im Ganzen waren 650 Gäste anwesend.

Ueber besonderen Allerhöchsten Auftrag Sr. k. k. Apostolischen Majestät hat Se. Exc. der königlich ungarische Herr Hofkanzler an die Frau Gräfin Pauline Desselwsky, Wittwe des jüngst verstorbenen Grafen Emil Desselwsky, Präsidenten der ungarischen Akademie, ein Condolenzschreiben gerichtet.

Mgr. Patterson aus London, der sich gegenwärtig in Wien befindet, um zum Bau einer katholischen Kathedrale in London Beiträge zu sammeln, hatte, wie der „Volksfreund“ mittheilt, am 8. d. Audienz beim Kaiser. Er wurde von Sr. Majestät sehr huldvoll aufgenommen, und für Dienstag zur kaiserlichen Tafel geladen. In sein Hotel zurückgekehrt, erhielt er durch den kaiserlichen Adjutanten Grafen Grenneville von Ihren Majestäten 2000 Gulden für den frommen Zweck gesteuert. Außerdem hat Se. Majestät das Unternehmen unter Protectorat genommen. Der Cardinal Fürst-Erzbischof von Wien hat die Sammlung mit seiner Empfehlung versehen und bereits mit einer beträchtlichen Summe sich daran betheiligt.

Die Stadtrepräsentanz von Ungarisch-Gradiß hat in ihrer Sitzung vom 12. d. M. einstimmig den Beschluß gefaßt, Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister Grafen Belcredi um seiner Verdienste für das ganze Reich und das engere Vaterland willen das Ehrenbürgerrecht jener Stadt zu verleihen.

Herr Fane, gegenwärtig englischer Botschaftssecretär in Wien, ist in gleicher Eigenschaft bei der Botschaft in Paris an die Stelle des verstorbenen Herrn Grey ernannt worden.

Freiherr v. Kaula ist wieder nach Dresden abgereist, um die unter seinem Vorsitz tagende Konferenz für ein deutsches Obligationenrecht wieder zu eröffnen. Das Gesetz wird in zweiter Lesung beraten und dürfte im Juli d. J. vollendet werden.

Wie aus Prag gemeldet wird, ist Adalb. Lanna, einer der ersten industriellen Unternehmer der Monarchie gestern Nachts im Alter von 61 Jahren an einem organischen Herzfehler gestorben.

Deutschland.

Die bei Eröffnung des preussischen Landtages am 15. d. vom Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck gehaltene Rede lautet wie folgt:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Se. Majestät der König haben mir den Auftrag zu erteilen geruht, den Landtag der Monarchie im Allerhöchsten Namen zu eröffnen.

In der letzten Sitzungsperiode ist, wie in den Vorjahren, in Ermangelung der notwendigen Uebereinstimmung der Häuser des Landtages untereinander und mit der Krone, das in Artikel 99 der Verfassungsurkunde vorgezeichnete Staatsgesetz nicht zu Stande gekommen. Es hat daher auch im abgelaufenen Jahre die Staatsverwaltung ohne ein solches Gesetz geführt werden müssen.

Die Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben,

welche der Finanzverwaltung des verflossenen Jahres als Richtschnur gebient hat, ist amtlich zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden.

Der Staatshaushalt für das laufende Jahr wird dem Landtage unverweilt vorgelegt werden. Aus demselben werden Sie die Ueberzeugung gewinnen, daß unsere Finanzen sich fortwährend in günstiger Lage befinden. Bei den meisten Verwaltungszweigen ist nach den bisherigen Erfahrungen eine Erhöhung der Einnahmenanlässe zulässig gewesen, welche die Mittel geboten hat, im Etat die Befriedigung zahlreicher Mehrbedürfnisse vorzusehen und zur weiteren Verbesserung des Dienst Einkommens der geringer besoldeten Beamtenklassen eine angemessene Summe zu bestimmen, ohne das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben zu stören.

Den Häusern des Landtages wird, dem Vorbehalt in §. 8 des Grundsteuergesetzes vom 21. Mai 1861 gemäß, der Entwurf eines das Werk der Veranschlagung abschließenden Gesetzes wegen definitiver Unter-Vertheilung und Erhebung der Grundsteuer in den sechs westlichen Provinzen zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt werden.

Die Arbeiten zur Ausführung des Grundsteuer-Entschädigungsgesetzes sind im eifrigsten Betriebe und steht zu erwarten, daß die Auszahlung der Entschädigungscapitalien noch im Laufe dieses Jahres wird erfolgen können.

Die Lage der Finanzen gestattet es, den Gerichtskostenzuschlag allmählig zu ermäßigen, um ihn nach Verlauf weniger Jahre ganz wegzulassen zu lassen. Ein die Durchführung dieser Maßregel bezweckender Gesetzentwurf wird dem Landtage zugehen.

Die wirtschaftlichen Zustände des Landes sind im Allgemeinen als befriedigend zu bezeichnen. Allerdings ist die letzte Ernte theilweise ungenügend ausgefallen, wenn aber einzelne Lebensbedürfnisse im Preise gestiegen sind, so genügt doch die freie Thätigkeit des Handels, mit Hilfe der erweiterten Communicationsmittel den in einigen Gegenden fehlenden Getreidebedarf zu ergänzen, auch zeugt die Frequenz der Eisenbahnen, die Thätigkeit des Bergbaues, die Regsamkeit in den Gewerben und die durchweg den arbeitenden Classen sich bietende Gelegenheit zur Beschäftigung für eine rüstig fortschreitende Entwicklung. Im Interesse derselben wird ihre Mitwirkung in Anspruch genommen werden.

Es werden Ihnen Vorlagen zugehen, welche den Zweck haben, die Leistungsfähigkeit einiger Staatsbahnen durch außerordentliche Verwendungen sicherzustellen, den Wirkungsbereich der preussischen Bank zu erweitern und Beschränkungen aufzuheben, welche der freien Verwerthung der Arbeitskräfte noch im Wege stehen.

Die Handels- und Zollverträge, welche in der verflossenen Sitzung den Gegenstand der Berathungen bildeten, sind seitdem durch Erneuerung der Verträge mit Luxemburg, Anhalt und Bremen ergänzt worden. Mit Großbritannien ist ein Schiffsfahrtsvertrag, mit Italien ein Handelsvertrag abgeschlossen, auf dessen Ratification von Seiten aller Zollvereinsstaaten die Regierung mit Zuversicht hofft. Die genannten Verträge werden vorgelegt werden.

Durch die Verordnung vom 10. Nov. ist die kön. Anordnung, durch welche die Bildung der ersten Kammer zu erfolgen hatte, zum Abschlusse gebracht, und so dem Herrenhause die seiner Stellung im Staatsorganismus entsprechenden, festen und nicht anders als durch Gesetz abzuändernden Grundlagen gegeben worden.

Nach mehrjährigen fruchtlos gebliebenen Verhandlungen über Gesetzesvorschlüsse, welche eine Erleichterung und Abkürzung der Dienstzeit in der Landwehr, sowie eine gerechtere Vertheilung der Kriegsdienstpflicht überhaupt bezweckten, könne die königliche Regierung von der Wiederholung solcher Vorschläge für jetzt ein ersprießliches Resultat nicht erwarten. Sie werde es daher bei den geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Verpfichtung zum Kriegsdienste einstweilen belassen müssen. Indem die Regierung diese ihr abgedrungene Entschlieung bedauert, bleibt sie von der Nothwendigkeit durchdrungen, die jetzige unter Mitwirkung der früheren Landesvertretung ins Leben gerufene, seitdem praktisch bewährte und nach den bestehenden Gesetzen zulässige Einrichtung des Heerwesens aufrecht zu erhalten und die dazu nöthigen Geldmittel auch ferner zu fordern.

Wie im Vorjahre so hält auch jetzt die Regierung Sr. Majestät des Königs an dem Bestreben fest, die schnelle und kräftige Entwicklung der preussischen Seemacht zu fördern. Für die Gründung angemessener Hafen-Etablissements, für die Beschaffung von Schiffen und der Bewaffnung bleibt die Verwendung außerordentlicher Mittel unerlässlich. Ein dergleichen Gesetzentwurf wird daher dem Landtage vom Neuem vorgelegt werden, zumal durch die inzwischen erfolgte Regelung der Besitzverhältnisse von Kiel die wesentlichsten der im vorigen Jahre der Vorlage entgegengestellten Bedenken ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beziehungen Preußens zu allen auswärtigen Staaten sind befriedigender und freundschaftlicher Natur.

Nachdem durch den in Gastein und Salzburg abgeschlossenen Vertrag Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich seinen Theil an den Souveränitätsrechten über das Herzogthum Lauenburg an Se. Maj. den König abgetreten hat, ist dasselbe mit der Krone Preußens vereinigt worden, und es ist der Wille Sr. Majestät, dieses Herzogthum alle Vortheile des Schutzes und der Pflege, welche diese Vereinigung ihm bietet, unter Schonung seiner Eigenthümlichkeit genießen zu lassen. Die schließliche Entscheidung über die Zukunft der andern beiden Elberzogthümer ist in demselben Vertrag einer weiteren Verständigung vorbehalten, Preußen aber hat in dem Besitz Schles-

wigs und der in Holstein gewonnenen Stellung ein ausreichendes Pfand dafür erhalten, daß diese Entscheidung nur in einer den deutschen Interessen und den berechtigten Ansprüchen Preußens entsprechenden Weise erfolgen werde.

Gestützt auf die eigene, durch das Gutachten der Kronsynodi bekräftigte rechtliche Ueberzeugung ist Se. Majestät der König entschlossen, dieses Pfand bis zur Erreichung des angedeuteten Zieles unter allen Umständen festzuhalten und weiß sich in diesem Entschlusse von der Zustimmung seines Volkes getragen.

Um die Ausführung des Canals vorzubereiten, welcher die Ostsee mit der Nordsee verbinden soll, beabsichtigt die Staatsregierung durch eine besondere Vorlage die Mitwirkung der Landesvertretung in Anspruch zu nehmen. Die Bedeutung, welche dieses Werk und mit ihm die Entwicklung der vaterländischen Seemacht für die Stellung Preußens und für deren Verwerthung im Gesamt-Interesse Deutschlands hat, verleiht der Regierung Sr. Majestät des Königs vom Neuen die Zuversicht, daß bei Erwägung der betreffenden Vorlagen die Meinungsverschiedenheiten über innere Fragen und die Parteistellungen sich der Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland unterordnen, und daß beide Häuser des Landtages der Krone einmüthig und rechtzeitig die Hand bieten werden, um die Lösung der nationalen Aufgaben fördern zu helfen, welche dem preussischen Staate vermöge seiner Beziehungen zu den Elberzogthümern im verstärkten Maße obliegen.

Nachdem durch die den Hafen von Kiel betreffenden Bestimmungen des Gasteiner Vertrags der künftigen deutschen Flotte der bisher mangelnde Hafen gesichert ist, wird es die Aufgabe der preussischen Landesregierung sein, die Staatsregierung in die Lage zu versetzen, Verhandlungen mit ihren Bundesgenossen auf einer Preußens würdigen Unterlage eröffnen zu können.

Im Laufe des verflossenen Jahres haben Se. Maj. der König in vier Provinzen die erneute Huldigung der Bewohner solcher Landestheile entgegengenommen, welche vor einem halben Jahrhundert mit der preussischen Monarchie neu vereinigt oder ihr wieder gewonnen wurden.

Der Geist, in welchem überall diese Jubelfeier begangen worden ist, hat Zeugniß gegeben von dem erhebenden Bewußtsein unseres Volkes, wie Großes Gott an dem preussischen Staate gethan, wie viel fortschreitende Entwicklung, wie viel Segen und Gedeihen auf allen Gebieten der öffentlichen Wohlfahrt unserem Vaterlande in jenem Zeitraum beschieden war. Mit Begeisterung hat die Bevölkerung jener Provinzen ihre Dankbarkeit für das treue und landesväterliche Walten unserer Fürsten bekundet und von neuem gelobt, auch ihrerseits die Treue zu halten. In Dank gegen Gott und mit dem Gelübniß, die glücklichen Zustände aller Landestheile auch fernerhin fördern zu wollen, haben Se. Majestät die erneute, volle Zuversicht ausgesprochen, daß ein Band des Vertrauens Fürst und Volk für jetzt und für alle Zukunft umschließen, und daß über Preußen Gottes segnende Hand auch ferner walten werde.

Die Regierung Sr. Majestät trägt das Bewußtsein in sich, daß ihr der Wille nicht fehle, ihrem königlichen Herrn nach diesem seinem Sinne zu dienen. Sie lebt der Ueberzeugung, daß bei einer unbefangenen, leidenschaftslosen und rein sachlichen Prüfung dessen, was ihr zu erreichen vergönnt gewesen, wie dessen, was sie mit Hilfe der Landesvertretung noch erstrebt, genug der Zwecke und Ziele gefunden werden müssen, in denen alle Parteien sich Eins wissen. Werden Sie, meine Herren, von dem Wunsche getragen, diese Einigungspunkte zu suchen und festzuhalten, so wird Ihren Berathungen Segen und Erfolg nicht fehlen.

Und so erkläre ich im Allerhöchsten Auftrage Sr. Majestät des Königs den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Präsident Grabow bewillkommt das Abgeordnetenhaus mit den Worten: „Möge es unseren nuchseln seit vier Jahren verfolgten Bestrebungen endlich gelingen, mit leidenschaftsloser Wahrhaftigkeit, kalter Besonnenheit und alt bewährter Ausdauer das Verfassungsrecht wieder herzustellen und zu befestigen. Durchdrungen von diesem Wunsche lassen Sie und mit dem Rufe: „Gott der König!“ unsere Arbeiten beginnen.“ Das Haus stimmt drei Mal in dem Ruf ein. Hierauf theilt der Präsident den Antrag des Abg. v. Westen betreffend die Aufhebung des Strafverfahrens gegen den Abg. van d. Velden auf die Dauer der Session mit. Der Präsident schlägt aus Dringlichkeitsrücksichten die sofortige Schlußberatung vor. Das Haus erklärt sich einverstanden. Referent der Angelegenheit ist Abg. Ahmann. — Tagesordnung der nächsten (Mittwoch stattfindenden) Sitzung: Präsidiumswahl, Constatuierung der Bureau.

In der Nachmittags stattfindenden Sitzung des Herrenhauses war das Haus nur spärlich besetzt; 85 Mitglieder waren anwesend. Bei der Präsidentenwahl wird Graf zu Stolberg mit 82 gegen 2 Stimmen gewählt; er nimmt das Präsidium an und hält eine längere Ansprache, in welcher er heißt: Während wir hier nicht anwesend waren, hat die Staatsregierung ihren Gang mit Kraft nach Außen, mit Einsicht und Festigkeit im Innern fortgeführt, wie wir es unter dem Monarchen des erhabenen Fürstenstammes gewohnt sind. Mit weiser Sparsamkeit ist verwaltet worden; die Finanzergebnisse rechtfertigen das Vertrauen dieses Hauses in die Staatsregierung. Nach allen Richtungen war die Regierung bestrebt, die wahre Wohlfahrt der Staatsangehörigen zu fördern und berechnete Forderungen zu befriedigen. Das Herrenhaus insbesondere hat sich eines Actes königlicher Großherzigkeit zu erfreuen, wodurch seine Organis-

K. k. Theater in Krakau. Heute: zum Benefiz des Herrn Albert Weltó „Die Schuld einer Frau“, Schauspiel von Girardin und Dumas und „Amsonst“, Pöffe von Restron.

